



Saarländischer Journalistenverband e.V. • DJV-Landesverband Saar  
Gewerkschaft der Journalistinnen und Journalisten

## **Gesetz zur Zustimmung zum ersten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (1. Medienänderungsstaatsvertrag) – Drucksache 16/1420**

### **Anhörung des Saarländischen Journalistenverbands (SJV)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum 1. Medienänderungsstaatsvertrag auf diesem Weg schriftlich Stellung zu nehmen und uns in der Anhörung des zuständigen Landtags-Ausschusses dazu auch mündlich – Corona-bedingt vermutlich per Zuschaltung - äußern zu können. Bei dieser Anhörung werde ich als Vorsitzende den SJV vertreten.

Um es vorwegzunehmen: Der Saarländische Journalistenverband plädiert eindringlich dafür, dem ersten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge zuzustimmen.

Ohne die in **Artikel 1 § 8** Änderung des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags vorgesehene Anhebung des Rundfunkbeitrags von 17,50 Euro auf 18,36 Euro wären ARD, ZDF und Deutschlandradio nicht mehr in der Lage, auf Dauer den von den Länderparlamenten im Medienstaatsvertrag festgelegten Programmauftrag in gewohnter Weise zu erfüllen. Ohne diese Anhebung sind umfassende und qualitativ hochwertige Informationsformate in Gefahr sowie Unterhaltungssendungen mit Format und hohem Anspruch.

Ohne diese Anhebung sind Arbeitsplätze in Gefahr, vor allem dort, wo Schmalhans schon lange Küchenmeister ist und wo schon vor Jahrzehnten Personalabbau im dreistelligen Bereich vollzogen wurde, insbesondere bei Radio Bremen und vor allem auch beim Saarländischen Rundfunk.

Obwohl die medienspezifische Teuerungsrate seit Jahren steigt, ist der Rundfunkbeitrag seit 2009 nicht erhöht, sondern zwischenzeitlich sogar abgesenkt worden.

Bekanntlich hat die Umstellung auf den Rundfunkbeitrag dem SR längst nicht die erhoffte finanzielle Sicherheit gebracht. Insofern ist die geplante Anhebung auf 18,36 Euro gerade für den SR von besonderer Bedeutung.

Damit brechen auf dem Halberg keineswegs fette Jahre an. Aber es wird die Grundlage geschaffen, den kleinen Sender hier im Land in die Lage zu versetzen, sowohl technisch als auch programmlich mitzuhalten und seinen auch von diesem Landesparlament festgelegten Auftrag so zu erfüllen, dass sowohl die Bedürfnisse der linearen Nutzer\*innen erfüllt werden, die mit „Guten Morgen“ aufstehen und mit dem „Aktuellen Bericht“ den Fernsehabend einläuten, als auch die derer, die über die klassischen Formate und Ausspielwege nicht (mehr) zu erreichen sind.

Wir haben in den letzten Monaten eindrücklich erlebt, wie elementar wichtig fundierte Informationen und seriöse Recherchen sind. Wie in allen anderen Bereichen auch, ist Qualität im Journalismus nicht zum Nulltarif zu haben. Dazu bedarf es eines gut ausgestatteten Programm-Etats und damit verbunden auch einer finanziellen Sicherheit vor allem auch für die vielen freien Mitarbeiter\*innen vor und hinter den Mikrofonen, Kameras, Podcasts, Tweets und Chats. Denn die schaffen die Grundlage für Meinungsvielfalt, ohne die gerät auch die Binnenpluralität in Gefahr. Es geht also um weit mehr als um klassische Arbeitsplätze, insbesondere hier bei uns im Saarland.

Zu **Artikel 1 § 14** möchte ich einfach einmal Danke sagen – auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen. Danke an alle, die sich dafür eingesetzt haben, dass die Komponenten innerhalb des ARD-Finanzausgleichs so abgeändert werden, dass Radio Bremen und vor allem der Saarländische Rundfunk eine realistische Perspektive haben, eigenständig und doch innerhalb der ARD-Familie den auch von Ihnen formulierten und festgelegten Programmauftrag zu erfüllen.

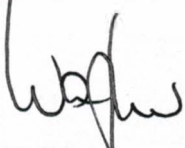
Dass diese interne Einigung zustande kam, ist immanent wichtig für die Zukunft der ARD als Arbeitsgemeinschaft unterschiedlich großer und doch gleicher Landesrundfunkanstalten.

Für uns hier ist es die Grundlage für die weitere Existenz des SR und damit auch für fundierte und seriös recherchierte regionale Information, für Sportberichterstattung, für Unterhaltung mit Format, für kulturelle Vielfalt. Und, was wir nicht unterschätzen sollten: Mit dieser Grundlage haben regionale und überregionale Institutionen und Initiativen, nicht nur aus dem Kulturbereich, auch eine Plattform für ihr Wirken und Können und damit auch für die Nachwuchssuche und -förderung.

Daher bitten wir Sie in diesem Fall nicht nur um Ihre Zustimmung, sondern ob der Dringlichkeit der Angelegenheit auch darum, ihre politischen Kontakte dorthin zu nutzen, wo die Zustimmung eines Landesparlamentes bis Ende des Jahres in Frage steht bzw. in Frage gestellt wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Mit freundlichem Gruß



Ulli Wagner  
-Vorsitzende-